



## Übersichtstabelle zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien sowie Abstimmungs- und Wahlkampagnen

Akteur*in / Art der Meldepflicht	Rechtliche Grundlage	Inhalt und Voraussetzung der Meldepflicht	Zeitpunkt der Berichterstattung	Vorgehen
<b>Parteien</b>  Im Stadtrat vertretene Parteien (Gruppierungen, die mit einer eigenständigen Liste an den Stadtratswahlen teilgenommen und mindestens einen Sitz erlangen haben)	Art. 86a RPR  Art. 27a VPR	Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben, insbesondere Berichterstattung über die Herkunft der Mittel sowie die mitfinanzierten städtischen Abstimmungs- und Wahlkampagnen	Jährlich bis spätestens Ende Juni des darauffolgenden Jahres	Formular wird durch die Stadtkanzlei zugestellt
<b>Verantwortliche für Wahllisten</b>  Personen oder Organisationen, die Wahlvorschläge für den Stadtrat oder den Gemeinderat einreichen	Art. 86b Abs. 1 sowie 3 und 4 RPR	Offenlegung der Höhe der vorgesehenen Aufwendungen für die Wahlkampagne  Ab Aufwendungen von 5000 Franken: Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben sowie der Herkunft der Mittel	Gleichzeitig mit Einreichung der Wahlvorschläge  Schlussbericht 90 Tage nach dem Wahltermin (Fristverlängerung auf begründetes Gesuch hin möglich)	Deklaration der Höhe der vorgesehenen Aufwendungen mittels Formular zur Einreichung von Wahlvorschlägen  Formular bei Aufwendungen ab 5000 Franken sowie Formular für Schlussbericht werden durch die Stadtkanzlei zugestellt
<b>Kandidierende</b>  Kandidierende für den Stadtrat, den Gemeinderat oder das Stadtpräsidium	Art. 86b Abs. 2–4 RPR	Offenlegung der Höhe der vorgesehenen Aufwendungen für die persönliche Wahlkampagne  Ab Aufwendungen von 5000 Franken: Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben sowie der Herkunft der Mittel	Gleichzeitig mit Einreichung der Kandidatur  Schlussbericht 90 Tage nach dem Wahltermin (Fristverlängerung auf begründetes Gesuch hin möglich)	Deklaration der Höhe der vorgesehenen Aufwendungen mittels Formular zur Einreichung von Wahlvorschlägen  Formular bei Aufwendungen ab 5000 Franken sowie Formular für Schlussbericht werden durch die Stadtkanzlei zugestellt

Akteur*in / Art der Meldepflicht	Rechtliche Grundlage	Inhalt und Voraussetzung der Meldepflicht	Zeitpunkt der Berichterstattung	Vorgehen
<p><b>Abstimmungskampagnen</b></p> <p>Einzelpersonen oder Organisationen (inkl. politische Parteien), die im Vorfeld einer städtischen Abstimmung öffentlich Position zu einer Abstimmungsvorlage beziehen</p>	Art. 86c Abs. 1–3 RPR	Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben sowie der Herkunft der Mittel, sofern für die Abstimmungskampagne Aufwendungen von 5000 Franken oder mehr vorgesehen sind	<p>Spätestens 30 Tage <u>vor</u> dem Abstimmungstermin</p> <p>Kurzfristig initiierte Kampagnen: unverzüglich</p> <p>Schlussbericht 90 Tage nach dem Abstimmungstermin (Fristverlängerung auf begründetes Gesuch hin möglich)</p>	<p>Formular bei Aufwendungen ab 5000 Franken steht unter <a href="http://www.bern.ch/offenlegung">www.bern.ch/offenlegung</a> als Download zur Verfügung</p> <p>Formular für Schlussbericht wird durch die Stadtkanzlei zugestellt</p>
<p><b>Wahlkampagnen</b></p> <p>Einzelpersonen oder Organisationen, die im Vorfeld einer städtischen Wahl öffentlich Position beziehen</p>	Art. 86c Abs. 1–3 RPR	Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben sowie der Herkunft der Mittel, sofern für die Wahlkampagne Aufwendungen von 5000 Franken oder mehr vorgesehen sind	<p>Spätestens 30 Tage <u>vor</u> dem Wahltermin</p> <p>Kurzfristig initiierte Kampagnen: unverzüglich</p> <p>Schlussbericht 90 Tage nach dem Wahltermin (Fristverlängerung auf begründetes Gesuch hin möglich)</p>	<p>Formular bei Aufwendungen ab 5000 Franken steht unter <a href="http://www.bern.ch/offenlegung">www.bern.ch/offenlegung</a> als Download zur Verfügung</p> <p>Formular für Schlussbericht wird durch die Stadtkanzlei zugestellt</p>
<p><b>Volksbegehren</b></p> <p>Einzelpersonen oder Organisationen (inkl. politische Parteien), die eine städtische Initiative, ein städtisches Referendum oder einen städtischen Volksvorschlag lancieren</p>	<p>Art. 86c Abs. 4 i. V. m. Art. 86c Abs. 1 RPR</p> <p>Art. 27b VPR</p>	<p>Offenlegung der Höhe der Aufwendungen für die Unterschriftensammlung</p> <p>Ab Aufwendungen von 5000 Franken: Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben sowie der Herkunft der Mittel</p> <p>Hinweis: Die Berichterstattung zur Abstimmungskampagne erfolgt gegebenenfalls separat (siehe Zeile «Abstimmungskampagnen» oben)</p>	Spätestens 30 Tage nachdem das Volksbegehren formell und materiell für gültig erklärt wurde	Formular wird durch die Stadtkanzlei zugestellt